

Konzept „Stärkung der Medienkompetenz“

1. Allgemeine Einführung

Die Entwicklung des Landes Brandenburg wurde in den vergangenen 20 Jahren durch die wiedergewonnene Eigenständigkeit im europäischen Kontext, die Überwindung der deutschen Teilung und den Aufbau eines modernen demokratischen Staatswesens sowie einer international konkurrenzfähigen Wirtschaft geprägt. Parallel dazu hat sich ein umfassender Strukturwandel hin zur Informations- und Mediengesellschaft vollzogen. Auch wenn dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, sind seine Umrisse deutlich sichtbar. Er ist gekennzeichnet durch die umfassende Digitalisierung von Information und Kommunikation, die Integration klassischer Medienformate (Konvergenz) und die fortschreitende Nutzung des Internets. Nutzten 2001 noch 67,4 Prozent aller Brandenburgerinnen und Brandenburger kein Internet (bundesweit: 63 Prozent), so sind es 2011 nur noch 31,6 Prozent (bundesweit: 25,3 Prozent)¹. Innerhalb eines Jahrzehnts entwickelten sich so Internetnutzer/-innen zwischen Elbe und Oder von einer klaren Minderheit („ein knappes Drittel der Bevölkerung“) hin zu einer deutlichen Mehrheit („gut zwei Drittel der Bevölkerung“). Hinzu kommt die deutliche Verbreiterung der Nutzungsmöglichkeiten – trotz noch vorhandener Infrastrukturschwächen – durch Breitbandigkeit und deutlich mobilere Nutzungsformen.

Im Zuge dieser Veränderung der Nutzungsgewohnheiten ist auch im Land Brandenburg die Fähigkeit zur sachgerechten Nutzung moderner Medien und Kommunikationsformen stärker in den Fokus gesellschaftlicher Aufmerksamkeit gerückt – sei es in Schulen im Kontext der Medienoffensive m.a.u.s. (Medien an unsere Schulen) in den Jahren 2000-2006, sei es in der Jugendarbeit, die seit 2005 zur sukzessiven Einrichtung von Jugendinformations- und Medienzentren (JIMs) führt, sei es in Familien im Kontext der aktuellen Auseinandersetzung mit Fragen des Daten- und Jugendmedienschutzes im sogenannten Mitmach-Internet „Web 2.0“, sei es in öffentlichen Verwaltungen durch umfangreiche Serviceangebote oder sei es in Unternehmen im Zuge des Aufbaus und der Pflege von weltweiten Geschäftsbeziehungen.

Die Anstrengungen, flächendeckend breitbandiges Internet bereitzustellen, werden durch die demografische Entwicklung im Land erschwert. Die Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, Fähigkeiten zur Teilhabe an der Medien- und Informationsgesellschaft zu erwerben und auch anzuwenden, sind regional nicht gleich verteilt. Angesichts der Tatsache, dass gut zwei Drittel der brandenburgischen Bevölkerung das Internet nutzt, der Anteil der Älteren aber deutlich unterproportional ist und sich nach Geschlecht und Bildungsabschluss weiter differenziert, stellt sich hier die Frage der Inklusion und Überwindung des „digitalen Grabens“ mit besonderer Dringlichkeit². Bei der Vorstellung innovativer Konzepte, sei es zum lebenslangen Lernen oder zur medizinischen Versorgung, wird, gerade in ländlichen Regionen, zukünftig immer auch die Frage nach dem Internetzugang und nach der Fähigkeit zur sachgerechten Nutzung mit im Raum stehen.

¹ D21: (N)ONLINER Atlanten 2001-2011 (<http://www.nonliner-atlas.de>).

² In 2011 sind bundesweit 52,5% aller älteren Menschen (50+ Jahre) online, im Land Brandenburg nur 45%. Bundesweit sind dabei mehr ältere Männer (62,8%) als Frauen (43,6%) im Internet aktiv. Die geringste Internetnutzung ist bei älteren Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss anzutreffen. Bundesweit liegt dieser Wert bei 23,5%. Vgl. (N)Onliner Atlas 2011. S. 48/50.

Der Handlungsbedarf wird weiter unterstrichen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass parallel einzelne Standorte im Land Brandenburg, z.B. Potsdam-Babelsberg mit seiner großen Anzahl von Unternehmen der Medien- und Kreativwirtschaft, Teil einer internationalen Infrastruktur geworden sind, die arbeitsteilig und mit großer Professionalität die weitere Ausgestaltung der globalen Informations- und Mediengesellschaft vorantreibt. Einhundert Jahre nach Beginn der Filmproduktion im Land Brandenburg werden heute in Potsdam-Babelsberg, mit Blick auf z.B. 3-D-Computerspiele, auch richtungsweisende neue virtuelle Welten geschaffen.

Angesichts der heutigen Medienvielfalt und der Möglichkeiten des Internets ist Medienkompetenz zu einer Grundfrage selbstbestimmten Lebens und freier Entscheidungsfähigkeit geworden. Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation in der Informationsgesellschaft. Medien werden aktiv zur Information, zur Kommunikation und zur Unterhaltung genutzt. In vielen Bereichen sind sie mittlerweile zu einem entscheidenden Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe geworden, können aber auch gezielt Themen setzen und Informationen selektiv verbreiten und damit die eigene Beurteilung erheblich beeinflussen. Die Medienkompetenz befähigt dazu, Wissen und Informationen aus einer Vielzahl vorhandener Quellen zu entnehmen, einzuordnen und zu bewerten. Die „Stärkung der Medienkompetenz“ ist so auch zu einer Frage der Fortentwicklung und Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner Menschen geworden.

2. Umsetzung (Beschreibung von Zielgruppen + Definition von Relevanz)

Mit der Entschließung vom 16. Dezember 2010 fordert der Landtag die Landesregierung Brandenburg auf, bis September 2011 ein Gesamtkonzept für die weitere Stärkung der Medienkompetenz zu erarbeiten. Das Konzept soll mehrere spezifische Aspekte und Fragestellungen berücksichtigen sowie externe Experten und Institutionen mit einbeziehen.

Der fachliche Austausch und die Abstimmung verschiedener Perspektiven erfolgten seit Ende Januar 2011 in einer Arbeitsgruppe, bilateralen Gesprächen und in Form einer offenen Expertendiskussion. Letztere fand Ende Mai 2011 statt und ist öffentlich dokumentiert³.

Das vorliegende Konzept bezieht sich auf den Wandlungsprozess hin zur Medien- und Informationsgesellschaft. Es bildet einen Rahmen, auf den vorhandene Maßnahmen und Angebote zur Förderung der Medienkompetenz bezogen werden können. Dieses Vorhaben der Abstimmung und Bündelung braucht jedoch Zeit und bedarf der Moderation. Es kann nicht innerhalb weniger Monate abgeschlossen sein, sondern ist ein fortdauernder Prozess. Das hier vorgelegte Gesamtkonzept versteht sich somit als Etappe eines übergreifenden, länger währenden Prozesses. Die Evaluation des Standes der Integration von Medienkompetenzförderung in Schulprogrammen, die erst seit 2009 verpflichtend ist, konnte nur als erste Bestandsaufnahme durchgeführt werden⁴.

Da Medienkompetenz gegenwärtig, auf EU-, Bundes und Länderebene, Gegenstand vielfältiger Abstimmungsprozesse ist und insgesamt eine konzeptionelle Profilierung erfährt, eröffnet eine dergestalt offene, kommunikative, ja interaktive Ausgestaltung der Gesamtkonzeption die Chance, den Verständigungsprozess im Land Brandenburg mit externen bzw. übergreifenden Diskussions- und Verständigungsprozessen zu verzahnen und

³ Die Einbeziehung externer Experten ist dokumentiert auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg (bbb) unter http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/bb_meko_net.html.

⁴ vgl. MBJS-Rundschreiben 8/09 (vom 27. Juli 2009) „Fortschreibung und Evaluation von Schulprogrammen an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Brandenburg“ (<http://www.brandenburg.de/sixcms/media.php/bb1.c.173333.de>).

zu synchronisieren⁵. Diese Chance sollte genutzt werden und dabei sollte gleichermaßen die kommunale Fachebene in den Landkreisen und kreisfreien Städten wie auch der Landkreistag Brandenburg und der Städte- und Gemeindebund einbezogen werden. Die nachhaltige Stärkung der Medienkompetenz in Brandenburg kann nur gelingen, wenn Land und Kommunen hier weiterhin Hand in Hand arbeiten und jeder für seinen Bereich Verantwortung übernimmt.

3. Begriffsdefinition

Medien (Printmedien, Film, Hörfunk, Fernsehen, digitale Medien/Internet) beeinflussen in immer stärkerem Maße die Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf die Welt und damit auch auf Einstellungen und Werthaltungen. Medien werden aktiv zur Information, zur Kommunikation und zur Unterhaltung genutzt, jedoch sind die Medienangebote durchaus ambivalent zu sehen: Auf der einen Seite ermöglichen sie eine differenzierte und erweiterte Wahrnehmung der Welt, andererseits verstärken sie Tendenzen zur Simplifizierung und Personalisierung komplexer Zusammenhänge. Sie eröffnen erweiterte individuelle Erlebnis- und Ausdrucksmöglichkeiten, verstärken aber auch Tendenzen zur Passivität und im Extremfall zur Flucht in Scheinwelten. Sie bieten verbesserte Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, können aber auch gezielt Themen setzen, Informationen selektiv verbreiten und die eigene Beurteilung erheblich beeinflussen. Die Förderung der Medienkompetenz bewegt sich in diesem Spannungsfeld. Sie unterstützt Menschen dabei, diese Zusammenhänge zu erkennen und Medien sowohl für die eigene individuelle Entfaltung als auch zur gesellschaftlichen Entwicklung nutzen zu können.

Ausgangspunkt eines Gesamtkonzepts muss es sein, den Begriff „Medienkompetenz“ nicht auf eine medientechnische Handhabungskompetenz zu reduzieren, sondern ihn umfassender, emanzipatorischer und dynamischer zu fassen⁶. Im Zentrum von Medienkompetenzförderung muss immer der Mensch und nicht die (Medien-)Technik stehen, wiewohl Medienkompetenzförderung ohne Bereitstellung und Sicherung der notwendigen Ausstattung und technischen (Grund-)Infrastruktur nicht denkbar ist.

Medienkompetenz bezeichnet die Fähigkeit, Medien und deren Inhalte den eigenen Zielen und Bedürfnissen entsprechend zu nutzen. Sie wird hier als folgende fünf Teilkompetenzen umfassende Fähigkeit verstanden⁷: Informationskompetenz, kommunikative Kompetenz, Präsentationskompetenz, produktive Kompetenz und analytische Kompetenz. Hinzu kommt der Bezugsrahmen „Mediengesellschaft“ (einschl. Jugendmedienschutz, Urheberrecht, Datenschutz), der als Querschnittskompetenz berücksichtigt ist und alle fünf Teilkompetenzen, die zueinander in vielfältiger Wechselbeziehung stehen, umfasst.

Kompetenzbereich	Inhalt
Information	Informationsquellen: Auswahl und Nutzung/Prüfung und Bewertung
Kommunikation	Regeln, Verantwortung und Angemessenheit
Präsentation	Sachgerechte Präsentation, Gestaltungsprinzipien

⁵ z.B. in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ (<http://www.bundestag.de/internetenquete>) oder in der Kultusministerkonferenz (Neufassung der Erklärung der KMK „Medienpädagogik in der Schule“ vom 12.05.1995 auf der Grundlage der von der Gemischten Kommission Schulfunk/Schulfernsehen/KMK/ARD/ZDF/DRadio [Länderseite]) erarbeiteten Begründung und des von ihr vorgelegten Gliederungsentwurfes als „Medienbildung in der Schule“, Beschluss der KMK, 204. AK v. 18.11.2010).

⁶ So ist z.B. die alleinige Nutzung von Web 2.0-Anwendungen noch nicht als Ausdruck von Medienkompetenz zu verstehen.

⁷ <http://www.laenderkonferenz-medienbildung.de/sites/positionen.html>

Produktion	Eigene Gestaltungsprozesse, Veröffentlichung eigener Beiträge
Analyse	Orientierung im Medienangebot, deren Aussage und Wirkung
<i>Mediengesellschaft</i>	<i>Rolle der Medien, Konstruktion der Wirklichkeit, Wirtschaftsfaktor, Datenschutz</i>

Grundsätzlich gilt, dass Medienkompetenz kein statischer Begriff ist, sondern – bedingt z.B. durch medientechnologische Innovationen – ständig fortgeschrieben werden muss und dabei individuell eine Teilmenge lebenslangen Lernens bildet. Die gesellschaftliche Relevanz von „Medienkompetenz“ ist aber auch Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Sie sollte im kritischen Dialog mit anderen kontinuierlich abgeklärt werden⁸.

In diesem Sinn kann es keine einheitliche Definition von Medienkompetenz geben, die ohne Unterschiede für alle Bürgerinnen und Bürger als standardisierte Kompetenzerwartung gilt: Medienkompetenz, ausgeprägt als Informationskompetenz mit einem Schwerpunkt „Printmedien“, steht so zunächst gleichberechtigt neben Medienkompetenz, ausgeprägt als Kommunikationskompetenz mit dem Schwerpunkt „interaktive Nutzung sozialer Medien/Internetformate“. – Jeder nach seiner Façon.

Ausgehend von diesem Postulat medienkultureller Toleranz und einer verfassungsseitig garantierten Medienfreiheit⁹ ist jedoch für die Landesregierung gesellschafts- und ordnungspolitisch der übergreifende Strukturwandel hin zur Medien- und Informationsgesellschaft zu berücksichtigen. In dieser Hinsicht hat sich in den vergangenen 20 Jahren eine wesentliche Schwerpunktverlagerung ergeben.

Entsprechend der einführenden Beschreibung ist heute eine Stärkung der Medienkompetenz ohne Einbeziehung digitaler Medien weder sinnvoll noch machbar. Dies ändert nichts daran, dass weiterhin unterschiedliche medienkulturelle Kontexte bestehen: Klassische Leser können schrittweise zu Hörbuch-Nutzern oder zu E-Book-Lesern werden, ohne gleichzeitig ständig im Internet aktiv sein zu müssen. – Jeder nach seiner Façon.

Bei einem Gesamtkonzept „Stärkung der Medienkompetenz“ stehen demzufolge Angebote und Initiativen im Zentrum, die Bürgerinnen und Bürger befähigen, aktiv und nachhaltig an der Medien- und Informationsgesellschaft teilzunehmen. Der Ansatz Medienkompetenzförderung wird dabei durch das Konzept der Medienbildung sinnvoll ergänzt: „Medienbildung erschöpft sich nicht in der Vermittlung von Medienkompetenz, sondern weist über die reine Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus. Der Begriff erfasst sowohl die mediale Gestaltung unseres Alltags als auch die Anforderung an Kommunikationsfähigkeiten, die medienvermittelt an uns gestellt sind sowie kulturelle Aspekte“¹⁰. In Bezug auf digitale Medien kann Medienbildung so als eine Art „digitale Ermächtigung“ verstanden werden¹¹, wobei die Dimensionen Daten-, Jugend- und Verbraucherschutz übergreifende Themenfelder umreißen, denen besondere Aufmerksamkeit gebührt. Medien sind konstitutiver Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit; sie gestalten politische Prozesse mit, beeinflussen die öffentliche Meinungsbildung und entscheiden in hohem Maße mit über die gesellschaftliche Teilhabe. Ob neue Medien dabei zu mehr Demokratie und zu mehr gesellschaftlicher Freiheit führen

⁸ Die hier genutzte Definition von Medienkompetenz lässt sich in diesem Sinne über den Ansatz von Dieter Baacke hinaus bis hin auf die von Bertolt Brecht seit Ende der 1920er-Jahre entwickelte „Radiotheorie“ beziehen.

⁹ Verfassung des Landes Brandenburg, Artikel 19

¹⁰ <http://www.mediaculture-online.de/Medienbildung.357.0.html>

¹¹ Mit dem Begriff „Ermächtigung“ bezeichnet man (<http://de.wikipedia.org/wiki/Empowerment>) Strategien und Maßnahmen, die geeignet sind, den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften zu erhöhen, und die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt zu vertreten und zu gestalten.

oder aber das eine wie das andere auch einschränken und bedrohen können, hängt wesentlich von ihrem kompetenten Gebrauch ab. Es geht somit insgesamt um die Überwindung der „digitalen Spaltung“ innerhalb der Gesellschaft und um die Erschließung von Partizipationsmöglichkeiten.

4. Umsetzung in verschiedenen Bereichen

Diesen emanzipatorischen Ansatz der Medienbildung gilt es, hinsichtlich der jeweiligen Ausgangssituation der Menschen im Land Brandenburg zu differenzieren. Es ist dabei zu unterscheiden zwischen jungen Menschen, die ganz selbstverständlich in eine digitalisierte Welt hineinwachsen und diese Welt intuitiv erschließen (sogenannte „digital natives“) und älteren digitalen Neueinsteigern (sogenannten „digital immigrants“), die – oft bereits im fortgeschrittenen Alter – sich nochmals einlassen auf eine andere, ihnen zum großen Teil fremde Welt digitaler, mediengestützter Information und Kommunikation.

Elementarbildung in der Kindertagesbetreuung

Erzieherinnen und Tagespflegepersonen in der Kindertagesbetreuung kommt die Aufgabe zu, junge Kinder, die zumeist noch nicht schreiben oder lesen können, sensibel an die neuen Alltagsmedien heranzuführen. Auch diese Aufgabe ist Bestandteil des Bildungsauftrags der Kindertagesbetreuung, der zum Ziel hat, „die Entfaltung der körperlichen, geistigen und sprachlichen Fähigkeiten der Kinder sowie ihrer seelischen, musischen und schöpferischen Kräfte zu unterstützen“. Bildungsförderung, wie sie das KitaG für die Kindertagesbetreuung in Brandenburg verbindlich bestimmt, „unterstützt die natürliche Neugier der Kinder, fordert ihre eigenaktiven Bildungsprozesse heraus, greift die Themen der Kinder auf und erweitert sie“ (§ 3 KitaG).

Da Medien zum Lebensumfeld der Kinder gehören, den Familienalltag mitprägen und zuweilen eine starke Anziehungskraft auch auf kleine Kinder ausüben, ist es die Aufgabe der Kindertagesbetreuung, einen selbstbewussten, eigenaktiven und kompetenten Umgang mit Medien zu unterstützen. Dies geschieht, wenn Fernseherlebnisse von Kindern aufgegriffen werden und ihnen bei der Verarbeitung geholfen wird; wenn ein angemessenes Verhältnis von Singen, Musizieren, Erzählen und dem Hören von Audiomedien gesucht wird; wenn ein neugieriger und lustvoller Zugang zu Büchern angebahnt wird. Ein solcher Umgang ist in den verbindlichen „Grundsätzen elementarer Bildung“ insbesondere in den Bildungsbereichen „Sprache, Kommunikation und Schriftkultur“ sowie „Musik“ beschrieben und mit Beispielen für die alltägliche Arbeit untersetzt. Da die Förderung kindlicher Eigenaktivität im Vordergrund der pädagogischen Arbeit steht, sind dialogische Bilderbuchbetrachtungen, die Mitwirkung der Kinder an ihren eigenen Portfolios und Lerntagebüchern oder z.B. auch die Herstellung von Musikinstrumenten aus Alltagsmaterialien wertvolle Angebote.

Die Förderung von Medienkompetenz bei den Kindern wird umso eher gelingen, umso mehr die Erzieherinnen und Erzieher sich selber als aktive und kompetente Mediennutzer verstehen und zeigen. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat auch aus diesem Grund eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Form auf einen aktivierenden Medienzugang angelegt. Beispielhaft zu nennen sind die interaktiv zu nutzende CD „Sprache und Sprachförderung – Anregungen für die Sprachförderung im Kitaalltag“ und die Internetplattform der Kindertagesbetreuung in Brandenburg¹². Hier finden die Fachkräfte aktuelle und grundlegende Informationen, über 600 Fachaufsätze in einer Online-Bibliothek und z.B. zehn offene Internetforen zu pädagogischen, organisatorischen und rechtlichen Fragen. Die über 5,5 Mio Zugriffe auf diese Seite zeigen ebenso wie die äußerst rege Nutzung von drei Tagespflegeforen, dass auch diese Berufsgruppe einen aktiven und zielgerichteten Zugang zu IT-Medien entwickelt.

¹² <http://www.mbjs.brandenburg.de/kita-startseite.htm>

Weiterhin wurden in der Vergangenheit im Rahmen einer Kooperation mit IBM-Deutschland (KidSmart-Projekt) modellhaft Kindertagesstätten mit Computern und Lernsoftware ausgestattet und parallel die Erzieherinnen der Kitas in der kompetenten Nutzung von IT-Technik fortgebildet. Die Ergebnisse und Erkenntnisse sind auf den Kita-Seiten der MBSJ-Homepage in der Online-Bibliothek dokumentiert und dienen auch auf Folie für aktuelle Fortbildungen im Fortbildungsinstitut Berlin- Brandenburg (SFBB).

Zukünftig soll sich die Veröffentlichungsreihe „KitaDebatte“ des MBSJ regelmäßiger mit Fragen kompetenter Mediennutzung widmen. Beiträge zu den Themen „Medienkonsum in der Familie“ und „Medienkonsum in der Kita“ sind geplant.

Schulische Bildung

In § 4, Absatz 5 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) ist Medienkompetenzförderung als Ziel und Grundsatz von Erziehung und Bildung explizit verankert. Es heißt dort: „Bei der Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Werthaltungen fördert die Schule insbesondere die Fähigkeit und Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler, (...) 2. die eigene Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksfähigkeit zu entfalten und in diesem Sinne auch mit Medien sachgerecht, kritisch und kreativ umzugehen“. Die Rahmenlehrpläne der Fächer enthalten entsprechende Bezüge zur Entwicklung von Medienkompetenz. Medien werden aber nicht nur selbst zum Bildungsgegenstand, sondern fördern auch Bildungsprozesse und Lerntransfers in methodisch-didaktischem Sinne. Schulische Medienbildung umfasst also stets das *Lernen über Medien* und das *Lernen mit Medien*.

Schulische Medienbildung versteht sich als dauerhafter, pädagogisch strukturierter und begleiteter Prozess der konstruktiven und kritischen Auseinandersetzung mit der Medienwelt. Sie zielt auf den Erwerb und die Erweiterung von Medienkompetenz; also jener Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ein sachgerechtes, selbstbestimmtes, kreatives und sozial verantwortliches Handeln in der medial geprägten Lebenswelt ermöglichen. Da Medienkompetenz weder durch familiäre Erziehung noch durch Sozialisation oder die individuelle Nutzung von Medien in der Freizeit allein garantiert werden kann, ist eine grundlegende, umfassende und systematische Medienbildung im Rahmen der schulischen Bildung erforderlich. Zudem ist zeitgemäße Bildung in der Schule nicht ohne Medienbildung denkbar; sie ist als unverzichtbarer Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung zu sehen, die aus Wissen und Können, Anwenden und Gestalten sowie Reflektieren, Bewerten und Handeln erwächst. Schulische Medienbildung ist damit Voraussetzung und zugleich Teil lebenslangen Lernens in der Medien- und Wissensgesellschaft; Medienkompetenz gilt als Schlüssel für persönliche und berufliche Entwicklungsperspektiven und kann mit Blick auf Medienwirkungsrisiken präventiv wirken¹³.

Die Integration von Medienkompetenzförderung in Schulprogramme wird landesseitig durch das Konzept der Medienentwicklungsplanung unterstützt. Im Beratungs- und Unterstützungssystem stehen Beraterinnen und Berater – das sind Lehrkräfte, die mit einem Teil ihrer Stelle diese Aufgabe wahrnehmen – landesweit zur Verfügung, um Schulen für den Bereich der Medienkompetenzförderung und Medienentwicklungsplanung zur Seite zu stehen. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass im Juni 2010 bereits jede zweite öffentliche Schule im Land Brandenburg einen mit dem Träger abgestimmten

¹³ Einen bedeutsamen Beitrag leistet hier die schulische Filmbildung, die zu umfassender audiovisueller Alphabetisierung beiträgt, indem sie in der Begegnung mit dem Medium Film, seiner Sprache und seiner Wirkung in Geschichte und Gegenwart die Sinneswahrnehmung schult, die ästhetische Sensibilität fördert, die emotionale Erlebnisfähigkeit steigert, die Geschmacks- und Urteilsbildung unterstützt und die individuelle Ausdrucksfähigkeit erweitert. Hinzu kommt die Information über Risiken und Konsequenzen internetgestützter Kommunikation (einschließlich Daten-/ Jugendumweltschutz), die bereits in der Grundschule beginnen muss.

Medienentwicklungsplan vorweisen konnte¹⁴. Bis August 2011 haben 69 Gymnasien, Gesamtschulen und OSZ (in öffentlicher und freier Trägerschaft) richtungsweisende Gesamtkonzepte der Medienbildung und -nutzung entwickelt und im Detail abgestimmt. Unterstützt wird dieser Prozess durch den gezielten Einsatz von Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)¹⁵. Bis 2013 wird so bei Schulen mit gymnasialer Oberstufe landesweit ein neuer Standard der Medienbildung und Medienkompetenzförderung geschaffen. Parallel dazu werden Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz in anderen Schulstufen und -formen fortgesetzt. Impulse, wie sie z.B. 2009/2010 durch das Förderprogramm „Interaktive Tafeln/Whiteboards“ für Grund-, Förder- und Oberschulen gegeben wurden, erfahren so eine Verstärkung¹⁶.

Die schulischen Medienentwicklungspläne gehen im Regelfall von den (medien-)pädagogischen Zielsetzungen aus, beinhalten mediendidaktische und medienerzieherische Setzungen und beziehen diese auf das jeweilige Schulprogramm. Teilweise enthalten sie weitergehend netzbasierte Formen der Kommunikation und Kooperation mit außerschulischen Partnern (Hochschulen, Partnerschulen im Ausland/eTwinning) oder einzelne eLearning-Module¹⁷. An knapp zwei Dritteln aller öffentlichen Schulen gibt es schulinterne (Fortbildungs-)Konzepte zur Entwicklung der Medienkompetenz im Kollegium¹⁸. Die Schulen verfügen in der Regel über eine ausreichende Grundausstattung mit Bildungsmedien. Die IT- und Medienausstattung der öffentlichen Schulen, die laut § 110, Absatz 3, BbgSchulG in die Verantwortung der Träger fällt, hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Die Ersatzbeschaffung der IT- und Medienausstattung hingegen bleibt eine permanente Herausforderung für Kreise, Städte, Ämter und Gemeinden. Gegenwärtig teilen sich durchschnittlich an öffentlichen Schulen im Land Brandenburg 8,5 Schülerinnen und Schüler einen Computer¹⁹. Perspektivisch eröffnen sich durch kostengünstigere mobile Endgeräte neuartige Möglichkeiten der IT-Ausstattung und Mediennutzung an Schulen. Neue methodische Ansätze (E-Learning, „Schule 2.0“) kommen dem Mediennutzungsverhalten der Schülerinnen und Schüler entgegen, stellen aber hohe Anforderungen hinsichtlich Datenschutz bzw. Datensicherheit und Medienkompetenz der Lehrkräfte.

Die Qualifizierung der Beraterinnen und Berater für den Medienbereich erfolgt unter anderem durch das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), das auch in anderer Hinsicht (Herausgabe von Handreichungen, Durchführung von Fachtagungen, Tandem-Fortbildungen für schulische Lehrkräfte und außerschulische Fachkräfte, Betrieb

¹⁴ Laut der vom MBSJ zweijährig durchgeführten ZENSOS-Zusatzerhebung „IT- und Medienausstattung“ verfügten im Juni 2010 von 759 an der Erhebung teilnehmenden öffentlichen Schulen insgesamt 386 Schulen (= 50,9%) über einen Medienentwicklungsplan.

¹⁵ Bewilligt wurden bis August 2011 durch die Landesinvestitionsbank (ILB) 3,8 Millionen € Fördermittel mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 6,4 Millionen €.

¹⁶ Gemäß Kabinettsbeschluss vom 30.06.2009 wurden insgesamt 750.000 € aus dem PMO-Vermögen für ein kurzfristiges Whiteboard-Förderprogramm zur Verfügung gestellt. Ermöglicht wurde damit die Ausstattung von landesweit 140 Schulen mit jeweils mindestens einem interaktiven Whiteboard und zusätzlich sechs Schulen mit bis zu 9 Tafeln (sogenannte "Referenzschulen").

¹⁷ Zahlreiche Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg unterhalten intensive Beziehungen zu Schulen (z.B. FH Brandenburg, BTU Cottbus, Hasso-Plattner-Institut). Durch die intelligente Nutzung von Internet und Lernmanagementsystemen (eLearning) bieten sich dabei interessante Möglichkeiten, Medienkompetenzförderung und Studienorientierung zu verbinden. Bei dem EU-Programm Comenius/eTwinning (<http://www.etwinning.de>) waren am 01.07.2011 insgesamt 96 Projekte mit Schulen aus dem Land Brandenburg registriert. Richtungsweisende schulische E-Learning-Projekte sind „Recht als Wahlfach (Grundkurs)“ und „Latein zum Erwerb des Latinums“. Beide werden vom LISUM betreut.

¹⁸ Exakt 468 Schulen (= 61,7 %) gaben bei der ZENSOS von 2010 an, über ein schulinternes Medienkompetenz-Konzept zu verfügen.

¹⁹ <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/2731.html>. Einen Anteil an der von Jahr zu Jahr verbesserten Ausstattungsrelation hatte der gezielte Einsatz von Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

des Bildungsservers etc.) schulische Medienkompetenzförderung nachhaltig unterstützt. Auf kommunaler Seite unterstützen Medienzentren, Bibliotheken, Volkshochschulen und Bildstellen die Schulen in diesem Bereich. Hinzu kommen öffentlich-rechtliche und privatwirtschaftliche Medienanbieter (z.B. Rundfunk, Presseverlage, Filmtheater, Diensteanbieter) sowie Film- und Medienfestivals.

Aktuelle Schwerpunkte der schulischen Medienbildung im Land Brandenburg sind die Filmbildung (Kinderfilmfest, FILMERNST, Schulkinowochen²⁰) und die Querschnittsthemen „Jugend-/Daten-/Verbraucherschutz im Internet“. Praktiziert wird dabei eine enge Zusammenarbeit mit freien Trägern und sonstigen Einrichtungen (z.B. Filmverband Brandenburg e.V., Vision Kino gGmbH, Filmmuseum Potsdam, Filmfestival Cottbus, Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Aktion Kinder- und Jugendschutz/Landesarbeitsstelle Brandenburg e.V., Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.). International tätige Medienunternehmen werden einerseits durch landes- bzw. projektbezogene Kooperationsvereinbarungen in die schulische Medienkompetenzförderung eingebunden (z.B. IBM, Intel), andererseits erfolgt die Kooperation im Rahmen länderübergreifender Initiativen (z.B. D21)²¹. Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die sich ihre Medienkompetenz zertifizieren lassen wollen, können sich der Prüfung des Europäischen Computer Führerscheins (ECDL) unterziehen²².

Gerade die Förderung der Medienkompetenz ist ein probates Handlungsfeld für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Schulen und Trägern der Jugendarbeit. Das MBS und die Landesarbeitsgemeinschaft Multimedia e. V. haben 2004 eine „Rahmenvereinbarung über die Umsetzung der Kooperation von Schulen und Jugendeinrichtungen mit medienpädagogischen Angeboten“ geschlossen. Diese bildet die Grundlage für die im Land existierenden Kooperationen zwischen (Ganztags-)Schulen und insbesondere den JIMs auch im Rahmen der „Initiative Oberschule“ (IOS).

Jugendbildung

Die Förderung der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen unterstützt junge Menschen dabei, Medien sowohl für die eigene individuelle Entfaltung als auch zur gesellschaftlichen Entwicklung nutzen zu können. Medienpädagoginnen und -pädagogen vertreten mit guten Gründen die Auffassung, dass der Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen als Schlüsselkompetenz, auch im Sinne der Verbesserung der Chancen bei Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche, inzwischen eine herausragende Bedeutung zukommt. Aus diesen Gründen ist die Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen unabdingbar.

Aufgrund ihrer an den Lebenswelten junger Menschen orientierten Angebotsgestaltung und dem Prinzip der Freiwilligkeit der Teilnahme unterliegt die Jugendarbeit einem ständigen Wandel und kann sich schnell auf neue Trends und Entwicklungen einstellen und adäquate, auf die Interessen junger Menschen eingehende Angebote unterbreiten. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil die Angebote von den Jugendlichen zu einem großen Teil selbst geplant, konzipiert und umgesetzt werden. Das trifft gleichermaßen auch auf

²⁰ Kinderfilmfest, FILMERNST und Schulkinowochen werden regelmäßig gefördert und unterstützt durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, das MBS und das LISUM.

²¹ Die Initiative D21 (<http://www.initiated21.de>) ist Deutschlands größte Partnerschaft von Politik und Wirtschaft für die Informationsgesellschaft. Ihr Ziel ist es, die digitale Gesellschaft mit gemeinnützigen, wegweisenden Projekten zu gestalten und Deutschland in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreich zu machen.

²² Der ECDL ist ein in 148 Ländern anerkanntes Zertifikat zum Nachweis von grundlegenden IT-Kenntnissen. Allein in Deutschland nehmen über 1.400 ECDL-Prüfungszentren die ECDL-Tests ab. Im Rahmen einer Rahmenvereinbarung mit der Dienstleistungsgesellschaft für Informatik (<http://www.dlgi.de>), dem deutschen ECDL-Träger, ermöglicht das MBS Schülerinnen und Schülern im Land Brandenburg den ECDL-Erwerb zu vergünstigten Konditionen.

medienpädagogische Inhalte zu. Angebote der außerschulischen Jugendbildungsarbeit werden zunehmend häufiger mit Ansätzen der Medienkompetenzförderung verzahnt, so z. B. im Rahmen des Jugendprogramms „Brandenburg - das bist Du uns wert!“. Das ist ein erfreulicher Trend, den es in der Zukunft weiter auszubauen gilt.

Mit der Entwicklung des sogenannten „Web 2.0“ und damit verbunden sozialer Netzwerke hat sich das Kommunikations- und Informationsbeschaffungsverhalten junger Menschen grundlegend gewandelt. Diesem Fakt muss sich auch die Jugendarbeit stellen, sich von der „Komm-Struktur“ lösen und sich in die Netzwerke begeben, in denen sich die Jugendlichen aufhalten. Das ist eine grundlegende Herausforderung für alle Fachkräfte, die im außerschulischen Bereich mit Heranwachsenden arbeiten. Diesem Umstand trägt das von der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Brandenburg e. V. und vom MBSJ kofinanzierte Projekt „Mobile Netzwerker“ Rechnung, bei dem Fachkräfte lernen, sich in die virtuellen Treffs der Jugendlichen zu begeben.

Mit einer Fülle von Maßnahmen und Angeboten unterstützt die Landesregierung die Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen. Das MBSJ fördert den Jugendserver Brandenburg als wichtigstes Projekt der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Multimedia Brandenburg e. V.²³ Zusammen mit den im Land derzeit existierenden zwölf Jugendinformations- und Medienzentren (JIM) und ihren Mitgliedsorganisationen bildet die LAG Multimedia Brandenburg e. V. das medienpädagogische Netzwerk im Land. Sie berät und unterstützt die JIMs durch die Erarbeitung gemeinsamer Qualitätsmerkmale für die medienpädagogische Arbeit, durch Fortbildungen und Fachtagungen für schulische Lehrkräfte und außerschulische Multiplikatoren und durch gezielte berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen. Die Jugendinformations- und Medienzentren, deren Entstehung ebenfalls durch das MBSJ gefördert wurde, sind Einrichtungen mit außerschulischen Freizeit- und Bildungsangeboten mit medienpädagogischem Schwerpunkt.

Weiterhin fördert das MBSJ das alle zwei Jahre stattfindende JIMs-Jugendfilmfestival, das von den Jugendinformations- und Medienzentren im Land gemeinsam organisiert wird. Mit dem Festival wird Medienkompetenz gefördert, berufliche Orientierung in der Medienbranche gegeben und zugleich die brandenburgische Identität junger Menschen gestärkt. Eine Jury aus Vertretern der Film- und Fernsehbranche vergibt Förderpreise an die Preisträger der weit über 100 Wettbewerbsbeiträge.

Darüber hinaus wird vom MBSJ die Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Brandenburg e.V. (AKJS) gefördert. Sie berät in Fragen des Jugendmedienschutzes, initiiert Projekte zur Stärkung des Jugendmedienschutzes, bietet Fortbildungen für Fachkräfte an und führt Fachveranstaltungen durch. Dabei richtet sie sich sowohl an Kinder, Jugendliche und Eltern als auch an Mitarbeiter/-innen der Kinder- und Jugendhilfe, Fachkräfte des Kinder- und Jugendschutzes, Träger und Institutionen.

Kinder- und Jugendschutz

Die Medien wachsen zusammen – und diese mediale Konvergenz ist bei jugendlichen Nutzern zuerst angekommen. Neben den großen Chancen, die die Medienvielfalt als Unterhaltungs-, Informations- und Kommunikationsplattform für Kinder und Jugendliche bietet, sind auch die Risiken zu bedenken, die von Medien ausgehen können. Ziel des Kinder- und Jugendschutzes ist es, den Einfluss von problematischen Medieninhalten, die Kinder und Jugendliche beeinträchtigen oder gefährden können, zu unterbinden, zumindest aber auf ein hinnehmbares Maß zu minimieren²⁴. Auch wenn das weder flächendeckend

²³ Der Jugendserver (<http://www.jugendinfo.com>) ist die zentrale Informations- und Kommunikationsplattform für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Land Brandenburg.

²⁴ Im Folgenden wird Jugendschutz so verstanden, wie ihn die Kommission Jugendmedienschutz (KJM) auf ihrer Homepage zutreffend beschreibt: „Der Begriff des Kinder- und Jugendschutzes umfasst die gesellschaftlichen Reaktionen darauf, dass unsere Lebensumwelt Gefährdungen mit sich

noch lückenlos möglich ist, so bieten doch die Altersfreigaben von Filmen und Computerspielen, die Sendezeitbegrenzungen im Fernsehen sowie die altersbeschränkten Zugänge zu Internetangeboten (z. B. durch Jugendschutzprogramme, die Eltern ermöglichen Kindern je nach Altersstufe geeignete Internetangebote frei zu schalten und ungeeignete Inhalte zu blockieren.) für Jugendliche und Eltern eine zuverlässige Orientierung und für Gewerbetreibende eine bindende Verpflichtung.

Der Jugendschutz basiert auf dem Konzept der „regulierten Selbstregulierung“, das an die Eigenverantwortung der Anbieter anknüpft. Dieses Konzept hat sich grundsätzlich bewährt. Die Alterskennzeichnungen von Bildträgern und Computerspielen sind Kindern und Jugendlichen weitgehend bekannt und zumeist akzeptiert, auch wenn es zum Heranwachsen gehört, Grenzen zu testen, zu hinterfragen und auch zu umgehen. Häufig werden sie jedoch als handlungsleitende Empfehlungen verstanden, die in einer komplexer werdende Medienwelt Orientierung bieten. Medienpädagogisches Handeln ist gut beraten, daran anzuknüpfen.

Dass sich gut an eine „Kultur der Verantwortung“ anknüpfen lässt, belegt der Vierte Bericht der Kommission Jugendmedienschutz (KJM)²⁵. Darin wird deutlich, dass sich im letzten Berichtszeitraum die Beschwerden zu Rundfunksendungen verfünffacht haben. Es wird dadurch aber auch deutlich, dass Jugendschutzregelungen einem gesellschaftlichen Diskurs über Gewalt, Sexualität und Menschenwürde unterliegen²⁶. So hat der Jugendschutz auch die Funktion, den gesellschaftlichen Diskurs anzustoßen. Denn dadurch vergewissert sich die Gesellschaft ihrer Werte, indem sie deutlich macht, was Kindern und Jugendlichen zugemutet werden kann und was nicht. Jugendschutz in einer modernen Gesellschaft ist Risikomanagement. Im Zusammenwirken der Akteure muss ein hinreichend hohes Schutzniveau erreicht werden, um den verfassungsrechtlichen Schutzauftrag gegenüber Kindern und Jugendlichen zu erfüllen.

Deutschland liegt im europäischen Vergleich beim Jugendschutz vorn. Es verfügt über einen differenzierten und funktionierenden Jugendschutz auf hohem Niveau. Dies bestätigt auch die „Analyse des Jugendmedienschutzsystems – Jugendschutzgesetz und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag“ des Hans-Bredow-Institutes²⁷. Dort kommt man zu dem Ergebnis, dass das deutsche Jugendschutzsystem eine erhebliche vertriebslenkende und verhaltenslenkende Funktion hat sowie ein beachtliches Risikomanagement leistet und auf einer Kultur der Verantwortung basiert.

Gleichzeitig wird festgestellt, dass trotz der mit Blick auf den Jugendmedienschutz ernüchternden Erkenntnis über die schwindende elterliche Kontrolle (eine Generationenkluft im Medienhandeln schwächt die Erziehungskompetenz der Eltern, ihre Beratungs-, Begleitungs-, und Kontrollfunktion) und die komplexer werdende Medienwelt von Kindern und Jugendlichen gesetzliche Regelungen zur Unterstützung der elterlichen

bringt und diese für Kinder und Jugendliche teilweise anders als für Erwachsene bestehen. Im Einzelnen geht es darum, Gefährdungen möglichst nicht entstehen zu lassen (struktureller Jugendschutz), über Gefährdungen aufzuklären und zur Bewältigung anzuleiten (erzieherischer Jugendschutz), den Umgang mit Gefährdungen zu regeln (gesetzlicher Jugendschutz).“ (<http://www.kjm-online.de>)

²⁵ Vierter Bericht der KJM über die Durchführung der Bestimmungen des Staatsvertrags über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) gem. § 17 Abs. 3 JMStV.

²⁶ Eingeschlossen sind neue oder wiederkehrende Spezialfelder wie „Sauforen“ oder „Würgespiele mit Strangulierungsanleitungen“ genauso wie „Selbstmordforen“ und „Hassseiten“ sowie „Extremismusplattformen“, um nur einige Beispiele aus dem letzten Jahresbericht von Jugendschutz.net zu zitieren.

²⁷ Hans-Bredow-Institut (Hg.): Analyse des Jugendmedienschutzsystems – Jugendschutzgesetz und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Endbericht 2007. Hamburg: Hans-Bredow-Institut.

Medienerziehung, aber auch ein Handeln anstelle der Eltern dort, wo diese Einfluss verlieren, an Bedeutung zunehmen.

Insofern kommt den Bemühungen der Obersten Landesjugendbehörden um einen effizienten und effektiven Kinder- und Jugendmedienschutz große Bedeutung zu. Auf der Grundlage von drei Ländervereinbarungen²⁸ richten sie ihre Arbeit aus. Diese Form Zusammenarbeit der Länder im Rahmen der regulierten Selbstregulierung stellt eine der günstigsten Lösungen dar, weil sie hilft, Doppelarbeit in den Ländern zu vermeiden, Fach- und Sachkompetenz zu konzentrieren, einheitliches Verwaltungshandeln zu ermöglichen, umständliche Abstimmungsvorgänge zu vermeiden, einheitliche Entscheidungskriterien anzuwenden und den Finanzaufwand zu begrenzen. So beteiligt sich das MBSJ zusammen mit den anderen Bundesländern an den Grundsatzentscheidungen zum Vollzug des Jugendschutzes genauso wie an den Regelprüfungen bei der Altersfreigabe, wofür entsprechende Jugendschutzsachverständige in die Gremien der FSK und USK entsandt werden. Auch für die Arbeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) entsendet sie Hauptbeisitzer.

Wie eine gute Verkehrspolitik einerseits Verkehrserziehung für Kinder anbietet und zugleich auch Stoppschilder, verkehrsberuhigte Zonen und Tempo-30-Zonen in der Nähe von Kindertageseinrichtungen und Schulen einrichtet, so zeichnet sich auch ein effektiver Jugendschutz durch präventive Angebote und Zugangsbeschränkungen aus. Deshalb geht es nicht um „Kompetenz statt Kontrolle“, sondern um „Kompetenz und Kontrolle“. Die Medienkompetenz macht den Jugendmedienschutz nicht überflüssig und umgekehrt, sondern erst im Zusammenwirken zwischen beiden Seiten werden Kinder gestärkt. Denn das vernetzte Mediensystem birgt neben Ressourcen für Partizipation auch Exklusionsrisiken. Deshalb sind Medienpädagogik und Jugendschutz gefordert, die Jugendlichen darin zu unterstützen, der Medienwelt souverän und kompetent zu begegnen.

Die zunehmende Konvergenz der Medien, die stetig steigende Realitätsnähe von Medienprodukten und die Perfektion medialer Inszenierungen machen es erforderlich, das Schutzsystem kontinuierlich zu prüfen und wenn notwendig nachzujustieren. Ebenso ist es wichtig, Angebote zu fördern, die Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern Orientierung bieten. Deshalb wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans die Aktion Kinder- und Jugendschutz - Landesarbeitsstelle Brandenburg e.V. (AKJS) gefördert. Zu ihren Aufgaben gehört es, Angebote des erzieherischen Jugendschutzes vorzuhalten. So hat die AKJS beispielsweise seit 2008 Weiterbildung für Fachkräfte „Medienerziehung und Elternbildung – Qualifizierung in Eltern-Medien-Beratung“ durchgeführt. Die Absolvent/-innen werden qualifiziert, medienpädagogische Elternabende durchzuführen und Eltern auch hinsichtlich des problematischen Umgangs mit Medien zu beraten.

Die AKJS führt ebenfalls seit 2008 Multiplikatorenschulungen zur medienpädagogischen Elternarbeit durch. In der Folge wurden seit dem Schuljahr 2009/2010 über 110 Elternveranstaltungen an Schulen, Kindertageseinrichtungen und Volkshochschulen durchgeführt, an denen insgesamt 2.100 Eltern teilnahmen. Diese Angebote verfolgen das Ziel, Eltern im Umgang mit Medien in der Familie zu stärken. Dabei wurde deutlich, dass die Effektivität elterlicher Erziehung sich durch Orientierungshilfen, die die Einschätzung jugendaffiner Medienangebote ermöglichen, spürbar steigern lässt.

Darüber hinaus hält sie ein Beratungsangebot zusammen mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) vor. Sowohl Fachkräfte für Jugendschutz und

²⁸ „Vereinbarung über die Freigabe und Kennzeichnung von Filmen und mit Filmen programmierten Bildträgern nach § 14 Abs. 6 Jugendschutzgesetz“; „Vereinbarung über die Kennzeichnung von mit Spielen programmierten Bildträgern nach § 14 Abs. 6 Jugendschutzgesetz“; „Vereinbarung über die Wahrung des Jugendschutzes in Telemedien durch die länderübergreifende Stelle jugendschutz.net“.

Medienpädagogik als auch Jugendliche und ihre Eltern können über das Service-Telefon zu Fragen des Jugendschutzes und der Medienpädagogik pädagogische Hilfestellungen bei Problemen im Umgang mit Medien erhalten. Außerdem können sie sich über spezielle Medieninhalte informieren, die für Kinder und Jugendliche ein Gefährdungspotenzial darstellen können und über Fragen einer angemessenen Mediennutzung.

Dass die Öffentlichkeitsarbeit zum Jugendschutz optimierbar ist, hat die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) aufgegriffen und angeregt, Best-Practice-Projekte zur Öffentlichkeitsarbeit der Länder im Jugendschutz bekannter zu machen. Die JFMK kommt im Ergebnis zu der Einschätzung, dass die Länder den Jugendschutz durch Initiativen und Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Akzeptanzförderung seit Juni 2008 weiterentwickelt haben und hierdurch bereits bestehende Maßnahmen und Angebote der Länder ergänzt wurden.

Nicht nur der Zugang zu Medien entscheidet über die Teilhabe am gesellschaftlichen Wissen, sondern auch die Fähigkeit, sie bewusst und reflektiert zu nutzen. Medienkompetenz entscheidet über die Möglichkeiten der Lebensgestaltung und nicht zuletzt auch über die Berufschancen. Der Kinder- und Jugendschutz leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Denn Medienkompetenz und Jugendmedienschutz sind zwei wichtige Säulen, deren Sinn darin besteht, junge Menschen zu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen zu führen (§14 SGB VIII).

Medienbildung im Rahmen pädagogischer Studiengänge und der Lehrkräftebildung

Der Übergang in die Medien- und Informationsgesellschaft verändert auch die Erwartungen an die professionelle Kompetenz und Rolle von pädagogischen Multiplikatoren. Im System Schule z.B. treten neben die Beherrschung „klassischer“ Bildungsmedien (Tafel, Buch) so zunehmend Erwartungen hinsichtlich digitaler Anwendungen (interaktive Tafeln, Lernmanagementsysteme, Homepage/Schulporträts) und übergreifender Aspekte (Daten- und Jugendschutz). So gehört es heute zu den Regelaufgaben von Lehrkräften, web-basierte Lernstandsdiagnosen durchzuführen (z.B. bei Vergleichsarbeiten) oder web-basierte Selbst- und Fremdevaluationsverfahren einzusetzen und auszuwerten.

Pädagogische Studiengänge werden in Brandenburg an der Universität Potsdam sowie der Fachhochschule Potsdam und der Hochschule Lausitz (FH) angeboten. Die Aufstellung der Curricula obliegt der Autonomie der Hochschulen, sodass in den nicht lehramtsbezogenen Studiengängen keine diesbezügliche Einflussnahme seitens der Landesregierung erfolgt. In den lehramtsbezogenen Studiengängen wird gemäß § 5a Abs. 3 Satz 3 des Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetzes durch die Landesregierung darauf hingewirkt, dass die in den „Standards für Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004) und in den „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.10.2008 i.d.F. vom 8.12.2008) enthaltenen medienpädagogischen Inhalte in den Studienordnungen entsprechende Berücksichtigung finden. An der Universität Potsdam gibt es am Fachbereich Erziehungswissenschaften eine Professur für Medienpädagogik sowie eine Juniorprofessur für Medien und lebenslanges Lernen. An der Hochschule Lausitz (FH) gehört die Medienpädagogik im pädagogischen Studiengang Sozialwesen bereits zur Grundbildung der Studierenden. Für diesen Bereich existieren an der Hochschule Lausitz (FH) zwei Professuren. Die Fachhochschule Potsdam bietet mit dem internetbasierten Studiengang „BASA-Online“ einen berufs begleitenden Teilzeit-Studiengang an, der von den Studierenden nur unter Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationsmedien absolviert werden kann. Der Studiengang wird zu etwa drei Viertel als „Online-Studiengang“ durchgeführt, etwa ein Viertel der Studienzeite wird für Präsenzveranstaltungen aufgewendet.

Für das Landesinstitut für Lehrerbildung (LaLeb) stehen bestimmungsgemäß angehende Lehrkräfte in der 2. Phase ihrer Ausbildung (Vorbereitungsdienst) im Mittelpunkt. Nach ihrer Ausbildung werden in Zukunft viele Lehramtskandidatinnen und -kandidaten eine Anstellung im Land Brandenburg oder in der Region Berlin/Brandenburg erhalten können. Allein das Land Brandenburg wird, demografisch bedingt, ca. 40 % seiner Lehrkräfte bis 2020 neu eingestellt haben, viele davon in der Region ausgebildet.

Die daraus resultierende Chance, über die Ausbildung Einfluss auf Schule und Unterricht im Land Brandenburg und auf die Medienkompetenzförderung von künftigen Schüler-Generationen zu nehmen, wird im LaLeb gesehen. Dabei wirken nicht nur die neu eingestellten, jüngeren Lehrkräfte in ihrem Unterricht. Auch durch den schulpraktischen Ausbildungsanteil in der Schule gibt es einen regen Austausch mit den Ausbildungslehrkräften. Dieser Austausch ist durchaus beiderseitig, zwischen älteren Lehrkräften mit Erfahrung und Lehramtskandidatinnen und -kandidaten, die ganz anders als frühere Generationen mit Medien aufgewachsen sind und entsprechende neue Ideen und Konzepte mitbringen.

Ein großes Handlungsfeld ist dabei die fachspezifische Ausgestaltung der Medienkompetenzentwicklung. Gerade weil Medienbildung kein Unterrichtsfach ist, steht die werdende Lehrkraft vor der Aufgabe, in ihren konkreten Fächern, in den regulären Unterrichtsstunden Medienkompetenz bewusst zu entwickeln. Hier bedarf es der kontinuierlichen Arbeit in den Fachseminaren, dies im Kontext des Faches zu diskutieren, konzeptionelle Zugänge vorzustellen und das Ausprobieren einzufordern. Unterrichten im Vorbereitungsdienst bietet für die Lehramtskandidatinnen und -kandidaten explizit die Möglichkeit, neue Ansätze im Fach auszuprobieren.

Berufliche Bildung

Zeitgemäße berufliche Aus- und Weiterbildung sind ohne den Einsatz digitaler Medien und vielfältiger Formen von Medienkompetenz heute nicht mehr denkbar. Die berufliche Bildung ist in diesem Sinne – fachlich-inhaltlich wie methodisch – einem kontinuierlichen Modernisierungsprozess unterworfen. Qualifizierungsangebote müssen an neue Entwicklungen, Bedarfe und Zielgruppen angepasst werden. Dieser Innovationsdruck ist nicht mehr auf „medienaffine“ Ausbildungsgänge und Berufsbilder bezogen, sondern umfassend. Nur durch die medienkompetente Modernisierung der beruflichen Bildung kann das Bildungssystem weiterhin flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts reagieren. Konsequente berufliche Weiterbildung – im Verständnis systematischer innerbetrieblicher (Medien-)Kompetenzentwicklung – ist innovatives Wissensmanagement und sichert nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit brandenburgischer Unternehmen.

Hochschule

Auch Wissenschaft und Forschung kommen im Land Brandenburg ohne Medienkompetenz nicht weiter. Dies betrifft – analog zur beruflichen Bildung – nicht nur medienbezogene Hochschulen, wie die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad-Wolf“ (HFF) in Potsdam-Babelsberg, sondern alle Hochschulen im Land Brandenburg. Der Begriff „eScience“ verdeutlicht, welche Dynamik der Strukturwandel für die „traditionell“ schon international vernetzte und hochkommunikative Forschung entwickelt hat. Sichtbares Zeichen für den gewachsenen Stellenwert von Medienkompetenz im brandenburgischen Hochschulbereich ist das nicht nur architektonisch ambitionierte Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum (IKMZ) der BTU Cottbus²⁹.

Die Stärkung der Lehrkompetenz im Kontext von neuen Medien an Hochschulen steht seit einigen Jahren im Mittelpunkt verschiedener Hochschulprojekte. Im Rahmen eines

²⁹ vgl. <http://www.tu-cottbus.de/einrichtungen/de/ikmz/>

hochschulübergreifenden Projektes wurde Anfang 2004 der Aufbau eines Hochschul-Verbundes für Multimedia und E-Learning in Brandenburg (HVMB) beschlossen. Mithilfe des HVMB soll die Vernetzung von vorhandenen Kompetenzen und Aktivitäten im Einsatzbereich moderner IuK-Technologien in Lehre, Forschung und Weiterbildung sowie zur Optimierung der Ressourcennutzung in Brandenburg gewährleistet werden. Hinzu kommen Weiterbildungsangebote für Lehrende der brandenburgischen Hochschulen. Das eTEACHiNG-Programm z.B. ist eingebunden in das Zertifikat Hochschullehre Brandenburg des Netzwerks Studienqualität Brandenburg und ermöglicht es Lehrenden, ihre Lehre zu verbessern. Ziel ist die Vermittlung mediendidaktischer Handlungskompetenzen im fachspezifischen Arbeitsbereich für den angemessenen und effektiven Einsatz von Medien in der Lehre (und darüber hinaus in Organisationen und Projekten).

Die Hochschulen des Landes leisten so einen spezifischen Beitrag zur Entwicklung und Anwendung von E-Learning mit dem Ziel, „traditionelle“ und „virtuelle“ Lehr- und Lernformen zu verbinden (methodisch-didaktische Konvergenz). Multimediale Module als Ergänzung im Präsenzstudium, aber auch als weitgehend vollständige Online-Studiengänge können zu größeren Lernerfolgen beitragen.

Erwachsenenbildung/Weiterbildung

Die mediale Grundbildung von Erwachsenen auszubauen, ist eine Herausforderung für den Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung. Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz für lebenslanges Lernen. Aus diesem Grund sollte dem vorgestellten fünfgliedrigen Medienkompetenzansatz die mediale Grundbildung als basale Medienkompetenz vorangestellt werden. Es geht hier um die Erschließung von Partizipationsmöglichkeiten und um die Sicherung von Grundstandards (z.B. in der Gesundheits- und Daseinsvorsorge). Angesichts der demografischen Entwicklung von einzelnen Regionen Brandenburgs erhält die mediale Grundbildung von Erwachsenen zunehmend eine existenzsichernde Funktion. Um z.B. elektronisch Post senden und empfangen zu können oder Angebote der Telemedizin bzw. des Online-Bankings wahrnehmen zu können, müssen jede Bürgerin und jeder Bürger in der Lage sein, Grundfunktionen digitaler Kommunikation und Interaktion zu beherrschen. Die Stärkung der Medienkompetenz ist in dieser Hinsicht eine Maßnahme, die wesentlich zur Wahrung der Zukunftsfähigkeit des Landes beiträgt. Aufgrund der geringeren Internetnutzung von älteren Frauen sollte diese Gruppe besonders gefördert werden.

Für die allgemeine Erwachsenen- und Weiterbildung sind zwei Entwicklungen von Interesse: Einerseits setzten sich angesichts der umfassenden Wandlungsprozesse die Erwachsenen- und Weiterbildung selbst direkter mit Medien auseinander. Den Lernenden wird Wissen über Medien vermittelt und sie werden zu einer mündigen und ökonomischen Nutzung im privaten, gesellschaftlichen und beruflichen Bereich befähigt, wobei passive Nutzungsformen zunehmend durch aktive, produktive Nutzungsformen ergänzt werden. Hier wäre auf das Spektrum von Elternbildung (einschließlich Jugendmedienschutz), Verbraucherbildung, Datenschutz („informationelle Selbstbestimmung“) bis hin zur Thematisierung der Medien- und Informationsgesellschaft im Rahmen politischer Bildung zu verweisen. Andererseits nutzen die Erwachsenen- und Weiterbildung Medien zunehmend methodisch, d.h. Formen des E- und Blended-Learning nehmen einen wachsenden Anteil am Angebot allgemeiner, beruflicher und betrieblicher Weiterbildungsangebote ein und entsprechen damit den veränderten Anforderungen der Lernenden hinsichtlich Flexibilität und Mobilität³⁰.

³⁰ So informiert und berät Weiterbildung Brandenburg (LASA Brandenburg GmbH) online über Angebote der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz sind als Weiterbildungseinrichtungen anerkannt: 42 Einrichtungen in freier Trägerschaft, 20 Volkshochschulen in kommunaler oder kreislicher Trägerschaft und vier Heimbildungsstätten. Der Anteil der E-/Blended-Learning-Angebote für Brandenburg (einschl. Fernunterricht) betrug Anfang Juli 2011 insgesamt 3,7% (248 von 9.354 Angeboten). Vgl. www.wdb-brandenburg.de.

Auch Bibliotheken sind von ihrer Funktion her als Anlaufpunkte für lebenslanges Lernen angelegt. Um sich als dezidierte Lernorte zu etablieren, müssen diese Grundfunktionen noch ausgebaut werden. Hier geht es z.B. um die Vernetzung der Bibliothek mit anderen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Volkshochschulen. In Wittenberge z. B. ist die Stadtbibliothek „Martin Andersen Nexö“ eines der zwölf Jugendinformations- und Medienzentren und kombiniert die Förderung der Informations- und Medienkompetenz unter einem Dach. Eine besondere Expertise haben Bibliotheken hinsichtlich Informationskompetenz. Letztere – hier verstanden als Teilmenge von Medienkompetenz – ist als entscheidender Faktor für den Erfolg in Studium, Forschung und Beruf anzusehen. Ihre Vermittlung ist eine Kerntätigkeit wissenschaftlicher und öffentlicher Bibliotheken.

Indem Medien Teil unserer Kultur und zugleich ihr Mittler sind, versteht sich Medienbildung an Weiterbildungseinrichtungen und in Bibliotheken immer auch als Querschnittsaufgabe kultureller Bildung, die stets die Fähigkeit zur aktiven, kreativen Gestaltung von Medien einschließt.

In Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Multimedia Brandenburg e. V. bietet das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin Brandenburg (SFBB) eine berufsbegleitende medienpädagogische Zusatzqualifikation für Fachkräfte der außerschulischen Jugendarbeit an. Bislang wurden in diesem Rahmen 22 Fachkräfte zu Medienpädagoginnen und Medienpädagogen qualifiziert. Im April 2011 ist ein dritter Durchgang mit weiteren zehn Teilnehmenden gestartet.

Für Erzieherinnen und Tagespflegepersonen im Tagesbetreuungsbereich bietet das SFBB Fortbildungen zur Förderung von Medienkompetenz an. Darüber hinaus unterstützt das MBSJ, wie schon oben unter „Elementarbildung in der Kindertagesbetreuung“ beschrieben, die Fachpraxis mit vielfältigen Materialien.

5. Hauptaktionsfelder

Die Bestandsaufnahme vorhandener Initiativen, Maßnahmen und Ansätze zur Stärkung der Medienkompetenz im Land Brandenburg hat ergeben, dass eine Vielzahl von Angeboten existiert, aber insgesamt Entwicklungsbedarfe hinsichtlich der funktionalen Verzahnung und Aufbereitung für die Bürgerinnen und Bürger bestehen³¹.

Ausgangspunkt der Konzeption ist, dass die bestehenden Initiativen und Ansätze fortgeführt und an die Anforderungen der vor uns liegenden Etappe des skizzierten Strukturwandlungsprozesses angepasst werden.

Bei der Fortführung wird die Landesregierung folgende Hauptaktionsfelder im Blick behalten, ohne die eine weitere Stärkung der Medienkompetenz im Land Brandenburg nicht möglich erscheint. Es sind dies:

- *die Sicherung von Mindeststandards der Breitbandversorgung bzw. der medialen Infrastruktur (einschließlich einer angemessenen Anbindung von Einrichtungen, die zur Stärkung der Medienkompetenz beitragen);*
- *die Stärkung der Medienbildung in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit durch die weitere Qualifizierung der Jugendinformations- und Medienzentren und die engere Verzahnung von Angeboten der Jugend- und Medienbildung;*

³¹ Eine standardisierte Ist-Stand-Erfassung von Angeboten wurde begonnen und soll fortgeführt werden. Ziel sollte es sein, die gesammelten Informationen in Form eines „Medienkompetenz-Atlases“ öffentlich zur Verfügung zu stellen.

- *die Stärkung der elementaren Medienbildung und der Medienbildung für Bildungsferne in allen Altersgruppen;*
- *die Stärkung der Medienbildung in der Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften (sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrerbildung) sowie in der Beratung von Eltern und Verbrauchern;*
- *die Stärkung der Rechtssicherheit in der Medien- und Informationsgesellschaft.*
- *Die Sicherung eines effektiven Kinder- und Jugendmedienschutzes.*

Eine Fokussierung auf diese Aktionsfelder ist Bestandteil und Zielstellung dieses Konzepts.

Die Stärkung der Medienkompetenz in Brandenburg kann nur in gemeinsamer Verantwortung und Aufgabenwahrnehmung durch Land und Kommunen gelingen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, dass die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Verantwortung weiter wahrnehmen. Dies beinhaltet auch die Option, nach einer strukturellen Verankerung des Arbeitsfeldes in der Jugendarbeit z. B. den Auf- und Ausbau der Jugendinformations- und Medienzentren fortzusetzen und etwa durch die Bereitstellung von zusätzlichen (personellen) Ressourcen abzusichern. Es beinhaltet auch die Bereitschaft, die Ausstattung von Kindertagesstätten, (speziellen) Jugendeinrichtungen und Schulen mit zeitgemäßen Medien als Daueraufgabe wahrzunehmen und den Jugendschutzfachkräften einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

6. Konzeptbausteine – Ausblick

Um den Prozess der Abstimmung und Bündelung in der vor uns liegenden Etappe des skizzierten Strukturwandlungsprozesses voranzutreiben, erwägt die Landesregierung, zeitnah zusätzliche Aktivitäten in den folgenden Bereichen zu unternehmen:

A) KONZEPTION & LEITBILDER

Das Konzept „Stärkung der Medienkompetenz“ wird im vertrauensvollen Dialog mit Partnern fortgeschrieben. Es erfolgt ein Abgleich mit Medienkompetenz-Konzeptionen auf EU-, Bundes- und Länderebene und soweit vorhanden auf kommunaler Ebene sowie eine Verzahnung mit anderen landesweit ausgerichteten Konzepten (z.B. Verbraucherbildung). Die Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Ebene (optional „kommunale Medienkompetenzbeauftragte“) wird zugesagt.

B) SERVICE & INFORMATION

Bis 2012 wird – möglichst in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern (z.B. Medienanstalt Berlin-Brandenburg, LAG Multimedia Brandenburg e. V., LISUM/Bildungsserver, Verbraucherzentrale e.V., AKJS) – ein übergreifendes Landesportal (www.medienkompetenz-brandenburg.de) aufgebaut, das als Informationsplattform für Bürgerinnen und Bürger und Multiplikatoren zur Verfügung steht.

Das Portal sollte u.a. folgende Services umfassen, wobei zwischen regionalen Angeboten und Links auf bundesweit relevante Seiten zu unterscheiden ist:

- Aufbau und Pflege eines „Medienkompetenz-Atlases“ (Angebote und ggf. Kontaktdaten von medienpädagogischen Akteuren in der Fläche des Landes),
- Nachrichtendienst/Social-Media-Anwendungen,

- Förderung von innovativen Kooperationsverbänden (z.B. Schule-Jugendhilfe, Schule-Erwachsenenbildung),
- Beratungsangebote,
- Erarbeitung von Handreichungen/Tutorials zu aktuellen medienpezifischen Themen (z.B. zu Fragen des Jugendmedienschutzes).

C) KOORDINATION & VERNETZUNG

Ab 2012 lädt die Landesregierung regelmäßig landesweit ausgerichtete Medienkompetenz-Akteure (Vertreter/-innen von Einrichtungen, Unternehmen, Hochschulen, Fachverbänden usw.) zu Netzwerk-Gesprächen ein. Angestrebt sind der regelmäßige fachliche Austausch und die Abstimmung von Angeboten, Maßnahmen und Projekten.

Das neue „Medienkompetenz-Netzwerk Brandenburg“

- begleitet die weitere Konkretion sowie Umsetzung des landesweiten Konzepts „Stärkung der Medienkompetenz“,
- berichtet darüber öffentlich (ab 2012) auf einem jährlichen Medienkompetenztag,
- evaluiert die Umsetzung und zeigt Alternativen auf,
- nimmt Anregungen von regionalen Medienkompetenz-Netzwerken auf und entwirft daraus Handlungsoptionen und
- gibt Impulse in die regionalen Medienkompetenz-Netzwerke.

Die Landesregierung unterstützt den parallelen Aufbau von mindestens drei regionalen Medienkompetenz-Netzwerken, in denen kommunale Medienkompetenz-Beauftragte und Vertreterinnen und Vertreter regional tätiger Einrichtungen, Unternehmen und Initiativen zusammentreffen.

Die Aufgaben der regionalen Medienkompetenz-Netzwerke sind

- Unterstützung der Netzwerkbildung, Erfahrungsaustausch,
- Multiplikationsforum (Impuls durch neue Erkenntnisse und Methoden, Fachvorträge),
- Rückmeldung zu Aktivitäten des Landesnetzwerks,
- Bestandsaufnahme medienpädagogischer Aktivitäten.

Kommunale Träger werden ermutigt, den Auf- und Ausbau von Medienkompetenzzentren fortzusetzen und kommunale Medienkompetenzbeauftragte zu benennen.

Die Umsetzung dieses Konzeptbausteins ist eng mit Aktivitäten im Bereich „SERVICE & INFORMATION“ (Baustein B) verbunden.

D) FÖRDERPREIS & PRAXISTRANSFER

Die Landesregierung begrüßt die geplante Auslobung eines Förderpreises „Stärkung der Medienkompetenz im Land Brandenburg“ der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und unterstützt die Möglichkeit, gezielt Medienkompetenz-Leitprojekte zum intergenerationellen Lernen – insbesondere hinsichtlich der Zielgruppen „benachteiligte/bildungsferne Jugendliche“, „Eltern“ und „Senioren“ (zur Überwindung der digitalen Spaltung/Inklusion) – zu fördern.

E) VERBUND BILDUNGSMEDIEN BRANDENBURG

Die Landesregierung unterstützt den Auf- und Ausbau von Verbundstrukturen, die es zum Ziel haben, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Bildungsarbeit im Allgemeinen und der Medienkompetenzförderung im Besonderen lizenz- und urheberrechtlich geprüfte Medien

möglichst online zur Verfügung zu stellen. Angestrebt wird dabei eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern sowie mit weiteren Einrichtungen, Unternehmen und Initiativen. Lizenzrechtlich freie bzw. freigestellte Medien sollten bevorzugt nach dem Creative Commons Standard angeboten werden.

Potsdam, November 2011